

Kollektiver Wortbeitrag zur Programmdebatte

DIE LINKE.
NIEDERSACHSEN

Wir können auch anders – es ist an der Zeit!

Die Weltwirtschaftskrise stellt uns vor ungeheuerliche Herausforderungen.

Auf der einen Seite gibt es zu viel Kapital, das Profit machen will, aber zugleich ist kein Geld da. Wir haben eine Überproduktion von Lebensmitteln und trotzdem Hungerkrisen in der Welt. Die rasante Entwicklung der Produktivkräfte verkürzt den Arbeitstag nicht, sondern schiebt viele in die Erwerbslosigkeit. Die gegenwärtige kapitalistische Krise zeigt diese Ungeheuerlichkeiten noch deutlicher. Der Anteil der geringfügig, befristet und in Leiharbeit Beschäftigten ist stark gestiegen. Vor allem Frauen arbeiten in diesen Jobs, von denen niemand leben kann. Notwendige Arbeiten am und mit Menschen werden zunehmend in die Familien verlagert. Das meiste wird hier von Frauen erledigt. Der eigentlichen Absicherung, heute und im Alter, nutzt diese Umsonstarbeit nicht.

Die von anderen Parteien propagierten Modelle zur Krisenbewältigung bieten keine Lösungen. Als Bewahrer des kapitalistischen Systems stützen sie die Verursacher der Krise zu Lasten der Mehrheit der Menschen. Wir aber wollen nicht weiter auf Kosten der Umwelt und anderer Menschen leben und produzieren. Wir wollen eine Diskussion in der Gesellschaft wiederbeleben über Kriege und Gewalt, die von diesem kapitalistischen Wirtschaftssystem hervorgebracht werden.

Angesichts der ökologischen Katastrophe brauchen wir nicht nur eine Diskussion über einen anderen Lebensstil, sondern auch über sinnvolle, nicht zerstörerische Arbeit. Lösungen für die Finanz- und Wirtschaftskrisen müssen gleichzeitig Lösungen für die Umweltkrise sein, müssen Antworten auf die Hungerkatastrophen in der Welt geben und emanzipatorische Perspektiven eröffnen.

Wir als Linke konzentrieren uns nicht nur auf Deutschland und Europa. Millionen von benachteiligten und unterdrückten Menschen, insbesondere Frauen, in ausgebeuteten und besetzten Ländern, brauchen unsere Solidarität.

In Deutschland lebende MigrantInnen und Flüchtlinge, die es geschafft haben, die »Festung Europa« zu

erreichen, benötigen besonderen Schutz und unsere Solidarität. Am schlimmsten betroffen sind die »illegalisierten« Menschen, insbesondere Frauen, die sich als billige Arbeitskräfte in verschiedenen Bereichen, z. B. der »Sex-Industrie«, ausbeuten lassen müssen.

Aus all diesen Gründen brauchen wir die Diskussion um einen demokratischen und gerechten Gesellschafts- und Geschlechtervertrag. Dieser Vertrag soll nicht nur die Interessen der heute Lebenden, sondern auch die Interessen zukünftiger Generationen einschließen. Ein solcher Vertrag bezieht sich nicht nur auf unsere Gesellschaft, sondern muss global für soziale Rechte eintreten und sie erstreiten.

Wir brauchen eine Diskussion über eine andere Verteilung und Bewertung der Arbeit, international und hier bei uns. Wir fordern eine radikale Verkürzung und Neuverteilung der Erwerbsarbeitszeit.

Wir wollen, dass alle gleichermaßen in den vier Bereichen des Lebens teilnehmen können, die das Menschsein ausmachen: an der Erwerbsarbeit, der Betreuungs- und Pflegearbeit, der kulturellen Entwicklung und Selbstentfaltung und am politischen Engagement. Deshalb richten wir die Politik an folgenden Perspektiven aus:

1. Alle Arbeit für Alle – Mehr Zeit für das ganze Leben

Der wachsenden Arbeitslosigkeit, die durch die Krise anschwillt, halten wir eine radikale Arbeitszeitverkürzung entgegen. Das allgemeine Recht auf Erwerbsarbeit muss ein Einkommen erbringen, von dem jede und jeder gut leben kann. Auf dem Weg dahin muss für diejenigen ohne Erwerbsarbeit eine Existenzsicherung sanktionsfrei und individuell gewährleistet werden. Deswegen sagen wir:

Linke Politik ist wesentlich Arbeitszeitpolitik.

2. Konsequente Umverteilung von Arbeit und Sorge für Mensch und Natur

Wir wollen eine gleiche Verteilung der Aufgaben auf beide Geschlechter: Bei der Sorgearbeit für Mensch und Natur kann niemand ausgeschlossen sein. Män-

ner entfalten hier ihre sozialen Fähigkeiten ebenso wie Frauen. Voraussetzung dafür ist der Kampf für den Erhalt und die Ausweitung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Bereitstellung einer umfassenden öffentlichen und kostenfreien Kinderversorgung.

Linke Politik ist auch eine Politik kultureller Veränderung.

3. Zeit und Möglichkeiten für Tätigkeiten der Selbstentwicklung

Wir wollen, dass allen Menschen sowohl die Zeit als auch die materielle Voraussetzung für ihre kulturelle Entwicklung, Bildung und für Muße zur Verfügung stehen. Dazu gehört der lebenslange Zugang zu Bildung und kulturellen Einrichtungen.

Linke Politik zielt auch darauf ab, Zeit und Raum für die Entwicklung aller zu schaffen.

4. Ein gesellschaftlicher Aufbruch zu einer Politik der Mitgestaltung

Eine lebendige Demokratie braucht die Beteiligung aller. Schlüssel zu Veränderungen sind die Kämpfe von Frauen und Männern für ihre Rechte und für ihre Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum. Entscheidungen über den Lebensalltag kommen zuerst in den Kommunen zum Tragen. Linke Politik muss hier ansetzen, mit Initiativen und Organisationen zusammenarbeiten und neue Beteiligungsformen praktizieren. Nur wenn sich viele einbringen, wird eine andere Gesellschaft möglich.

Linke Politik arbeitet daraufhin, dass Politik eine Sache von allen wird.

Ein solcher Prozess gesellschaftlicher Veränderung braucht viele, die mitmachen, braucht Lust und Leidenschaft, Fantasie und Mut, ExpertInnen und Sachverstand, braucht Meinungsstreit und Taten. Die Voraussetzungen für eine solche Umgestaltung der Gesellschaft sind vorhanden. Es kommt jetzt darauf an, im Sinne „Revolutionärer Realpolitik“ (Rosa Luxemburg) immer mehr dafür zu gewinnen, die aktuellen, (nicht nur) durch die Weltwirtschaftskrise verursachten Lebensverhältnisse in einer Weise zu verändern, die die Lebensbedingungen im derzeitigen System verbessert, aber zugleich auf eine Gesellschaft verweist, in der alle Verhältnisse überwunden sind, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx).

Wir setzen uns dafür ein, dass die Partei DIE LINKE die Kämpfe der lateinamerikanischen Völker um eine

selbstbestimmte gesellschaftliche Alternative jenseits von imperialistischer Hegemonie, linksliberaler Wirtschaftsordnung und zügellosen Raubbau an Mensch und Natur solidarisch unterstützt. Unsere Partei soll daher als Partner der fortschrittlichsten Kräfte in diesen Ländern bei ihrer Suche nach ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen und partizipativen gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnissen verstehen. Die dabei gewonnenen Erfahrungen sollen als Erfahrungsschatz für das eigene Ringen um eine alternative Gesellschaftsform jenseits der herrschenden ideologischen Hegemonie und der bestehenden Eigentumsverhältnisse begriffen werden.

Wir befinden uns mitten im Klimawandel und haben die meisten Auswirkungen noch vor uns. Noch in diesem Jahrhundert werden die Sturmfluten um über einen Meter höher auflaufen, Küsten und Inseln bedrohen. Ganze Landstriche könnten überflutet werden mit unabschätzbaren Folgen für die Menschen und die Wirtschaftsgüter. In anderen Gebieten drohen Dürren und lang anhaltende Trocken- sowie Regenperioden. Noch kann gegengesteuert und das Schlimmste verhindert werden.

DIE LINKE. setzt sich auch deshalb für eine konsequente ökologische Politik ein.

Das beinhaltet eine klare Absage an den Bau von Kohlekraftwerken. Sie sind höchst klimaschädlich, belasten die Umwelt, heizen die Flüsse auf und sind zudem für eine ausreichende Energieversorgung nicht erforderlich.

DIE LINKE. setzt auf den unverzüglichen Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere auf Solarenergie und die onshore und offshore Windkraft. Diese sind umweltverträglich und schaffen zehntausende neuer Arbeitsplätze.

Der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke behindert den Ausbau der erneuerbaren Energien, erhöht das Strahlenrisiko, die radioaktiv belasteten Abfälle und die Anzahl der Atomtransporte. Unzureichende so genannte Endlagerungsstätten für radioaktive Abfälle bedrohen die Menschen, die Umwelt und das Trinkwasser.

DIE LINKE. kämpft für einen sofortigen Atomausstieg und für die Schließung der radioaktiven Lagerstätten.

Noch leben viele Menschen direkt und indirekt von der Landwirtschaft. Sie sind im besonderen Maß in ihrer Existenz bedroht und müssen eine langfristige wirtschaftliche Überlebensperspektive erhalten. Eine ökologische und umweltschonende Wirtschaftsweise ist besonders zu fördern. Die regionale Vermarktung steht

im Vordergrund der Politik der LINKEN.

Nach unserem Wahlerfolg vom 27. September stehen wir gemeinsam vor der großen Aufgabe, die Erwartungen von über 5 Millionen Wählerinnen und Wählern in eine neue Politik zu rechtfertigen. Bestandteil dieser Arbeit ist die Arbeit an unserem programmatischen Profil, mit dem wir in die Auseinandersetzungen der kommenden Jahre gehen.

Wir Niedersachsen sind stolz darauf, die Zahl unserer Wähler von der letzten bis zu dieser Bundestagswahl um 175.000 Menschen auf jetzt über 380.000 erhöht zu haben. Bei diesem Zuwachs an absoluten Stimmen im Verhältnis zur Ausgangsposition vor vier Jahren waren wir sogar bundesweit auf Platz 1, obwohl das zweitgrößte deutsche Flächenland Niedersachsen lange als kleinbürgerlich und landwirtschaftlich konservativ geprägt galt. Wir haben in Prozentzahlen und in niedersächsischen Bundestagsabgeordneten gemessen unseren Einfluss verdoppeln können. Wir führen dies auch auf den konsequenten „niedersächsischen Weg“ zurück, der durch folgende Eckpunkte gekennzeichnet werden kann:

Wir sind eine Partei mit klarem, unbestechlichen linken und in der Perspektive sozialistischen Profil.

Wir sind eine Partei, die sich gleichzeitig im Sinne unserer millionenfach verteilten Wahlzeitung als eine „große Koalition von unten“ versteht, die also sorgsam darauf achtet, dass sich in unseren Vorständen, Fraktionen und Gremien alle Teile der Partei, alle Strömungen, alle Regionen und alle beruflichen Gruppen wiederfinden.

Wir sind eine Landespartei der Priorität des Außerparlamentarischen über dem Parlamentarischen, eine Partei in der keine Sekunde vergessen wird, dass nicht Fraktionen die Partei, sondern die Partei ihre Fraktionen führt – in der Kommune, im Land und im Bund.

Wir sind eine Partei, die die Kultur nicht an den Rand, sondern in die Mitte unserer Politik stellt. Unsere Kultur- und Gegenöffentlichkeit umfasst professionelle Pressebetreuung, Unterstützung besonders freier und lokaler Journalist/innen und der Belange der dju ebenso wie den kritischen Umgang mit Konzernmedien und einem rechten Kampagnenjournalismus, mit dem in jüngerer Vergangenheit NATO-Kriege, Antisozialismus und Sozialabbau propagiert wurden. Wir wollen eine bunte, fröhliche Zukunft erobern – und deshalb drängt es hinaus auf die Straßen und Plätze, vor und in Perspektive auch in die Betriebe unseres Landes. Wir gehören mit-ten unter die Menschen – mit unseren Worten, unserem

Witz und unserer Musik. Wir sind die Partei der Lebenslust.

Linke Behindertenpolitik und Inklusion als Leitbild einer Teilhabegesellschaft

Behindertenpolitik als Querschnittsaufgabe war und ist ein wichtiger Bestandteil der emanzipatorischen Politik unserer Partei. Das im Kontext der Behindertenarbeit entwickelte Konzept der Inklusion (Einbeziehung, Teilhabe) gibt wegweisende Hinweise für eine solidarische, sozialistische Gesellschaft.

Emanzipatorische Politik folgt der Ethik einer partizipativen Nichtausgrenzung. Das schließt gegenseitige Achtung unterschiedlicher Minderheiten, Solidarität untereinander und Offenheit für alle Lebensentwürfe ausdrücklich ein. Die UN-Menschenrechtskonvention „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ bietet dafür eine gute, völkerrechtliche Basis.

DIE LINKE. Niedersachsen setzt sich deshalb für politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen ein, in denen Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen geschaffen wird: Volle Teilhabe und freie Persönlichkeitsentfaltung müssen eine rechtliche, politische und materielle solide Basis finden. Um diese Ziele – volle Teilhabeermöglichung und freie Persönlichkeitsentfaltung für Menschen mit und ohne Behinderung – zu erreichen, genügt rein formale Gleichstellung nicht. Vielmehr müssen behinderungsbedingte Nachteile ausgeglichen werden.

Ein nicht-stigmatisierender Umgang und ein gesellschaftliches Konzept der Bejahung von weitgehenden Unterschiedlichkeiten und Individualitäten von Menschen gibt dabei positive Impulse in alle Politikfelder und erfordert geradezu die Organisation inklusiver gesellschaftlicher Veränderungsprozesse.

Der Selbstvertretungsanspruch von Menschen mit Behinderung auf allen Ebenen findet daher in der Partei DIE LINKE. Niedersachsen volle, tatkräftige Unterstützung.

Weil wir erfolgreich sind und weil so viel Hoffnung auf uns lastet, melden wir uns hiermit für die bevorstehenden Debatten um unser künftiges Programm mit einigen Aussagen zu Wort, die wir bitten, zu berücksichtigen.

1. Wir plädieren dafür, dass wir die Programatische Eckpunkte und unsere gemeinsamen Positionen im Europawahl- und Bundestagswahlprogramm nicht klein reden lassen.

Eine der zentralen Denkfiguren Hegels ist der Begriff des „Aufhebens“: Die in ihm beschriebene dialektische Form, eine Sache fortzuentwickeln, hebt das Alte auf eine höhere Stufe, löscht es nur dadurch in der alten Form aus, bewahrt aber ihre in die Zukunft weisenden Wesensmerkmale.

So wünschen wir uns den Umgang mit den „Programatischen Eckpunkten“. Wir dürfen sie nicht im undialektischen Sinn wegwerfen. Sie sollten aus unserer Sicht Grundlage der Fortentwicklung sein. Wir empfehlen daher, keinen neuen Programmentwurf von Grund auf zu schreiben, sondern die Programmkommission zu beauftragen, den Programmentwurf aus dem „Grundsätzen“, ihrer Aktualisierung und Schärfung herauszuentwickeln. Dies sollte aus unserer Sicht damit beginnen, die in den „Nachbemerkenungen“ der Eckpunkte skizzierten offenen Fragen zum Ausgangspunkt einer solchen Überarbeitung zu machen und dann an den entsprechenden Stellen der „Eckpunkte“ einzuarbeiten.

2. Wir sollten klarstellen, dass wir anders sind als die anderen Parteien und niemals so werden wie sie.

Viele bedrängen uns jetzt, erwachsen zu werden, vernünftig, politikfähig – und wie die Adjektive sonst noch heißen. Sie meinen alle dasselbe: Wir sollen abkehren vom Nein zu Hartz IV, vom Nein zum Krieg in Afghanistan, vom Nein zur Atompolitik, vom Nein zum Abfinden mit den Zwängen des Kapitalismus und Abschwören von unseren Forderungen nach Vergesellschaftung von Konzernen und Großbanken.

Wir aber sind fest überzeugt: Unsere Partei ist gewachsen in der kompromisslosen Ablehnung von Krieg, Hartz IV, Armutslöhnen, atomarer Verseuchung unserer Lebensgrundlagen und der Perspektivlosigkeit der Lohnarbeit und ihrer anderen Seite, der Massenarbeitslosigkeit. Ein Programm, das nicht in diesen Punkten eindeutig ist, setzt uns auf die Schiene, auf der erst die SPD und dann die Grünen ihre Ideen, ihre Seele verraten und folgerichtig an Wählereinfluss verloren haben und verlieren werden.

Wir appellieren an uns als Partei, auf die vielen Menschen zu hören, die uns an den Infoständen gesagt haben: „Werdet ja nicht so wie anderen!“. Sie sind der Unterpand unseres Er-folgs. Auf sie hören wir. Die

oben genannten Ankerpunkte dürfen auf keinen Fall unterhöhlt werden.

3. Bleiben wir bescheiden: Entscheidend sind weniger die Partei und ihre Fraktionen. Entscheidend ist der Kampf in den Betrieben und auf den Straßen!

Parteien neigen dazu, sich selbst zu überschätzen. Fraktionen sind in dieser Hinsicht oft die Potenz dieser Illusion. Wir als Partei DIE LINKE sind für die ganze Linke im Land unentbehrlich – niemand bestreitet das. Aber im Bewusstsein dieser Bedeutung sagen wir: Wir sind nicht das Zentrum linker Veränderungskraft. Wir sind nur ihr Hilfsmittel, ihr dienendes Instrument. Ob von Deutschland wieder Frieden statt Krieg ausgeht, ob wir eine diskriminierungsfreie Grundsicherung für alle und Mindestlöhne erkämpfen, von denen jede Frau und jeder Mann leben kann, ob die Frauen sich wirklich spürbar von ihrer Benachteiligung befreien, ob die Bildung gebührenfrei wird, ob die AKWs abgeschaltet werden – das und noch viel mehr entscheidet sich letztlich nicht in den Parlamenten. Dort wird die letzte Abstimmung geschehen, die den vorher erkämpften Fortschritt besiegeln wird. Aber der Kampf, der bis zu diesen letzten Abstimmungen zu kämpfen ist, findet außerhalb der Parlamente statt: In den Betrieben, in und mit den Gewerkschaften, den Schulen, den Hochschulen, auf den Straßen und Plätzen unseres Landes. Dort vor allem müssen wir wirken und dazu brauchen wir eine Partei, die ihre Mitglieder nicht nach zehn-, sondern nach hunderttausenden zählt.

Auch dies sollte in unserem Programm unmissverständlich klargestellt werden. Wenn wir hinein rutschen in die Stellvertreterpolitik vergangener fortschrittlicher Parteien, sind wir verloren.

4. Ohne mehr Frauen sind wir nichts

Wir sind erfolgreich – aber wir sind relativ zu erfolgreich unter Männern und zu wenig erfolgreich unter Frauen. Wir müssen auch programmatisch deutlich machen, dass wir uns damit nicht abfinden. Die Unterordnung der Frauen ist Resultat einer Struktur und gesellschaftlichen Arbeitsteilung, in der die Produktion der Lebensmittel in der Form der Lohnarbeit, also profitorientiert, organisiert ist. Alle gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten,

Atomausstieg

Mindestlohn

Teilhabe

Beteiligung

Vergesellschaftung

aus denen kein oder nur weniger Profit zu schlagen ist, sind dadurch unterbezahlt. Dies sind fast alle überwiegend von Frauen ausgeübten Tätigkeiten, diejenigen also, die vor allem direkt mit dem Leben, seiner Erzeugung, seiner Pflege, seiner Erziehung zusammenhängen. Wenn wir dies nicht durchbrechen, kann es weder eine soziale Perspektive noch eine der Geschlechtergleichberechtigung geben. Wir wollen – im Sinne der „Vier-in-eins-Perspektive“ – eine gleichberechtigte Stellung von Erwerbsarbeit, Fürsorge- und Pflegearbeit, Arbeit an eigener Entwicklung und Kultur und in der Politik. Ein Schlüssel dafür ist für uns die gesetzlich verfügte Verkürzung der Regelarbeitszeit.

5. Wir sind die Partei, die die Perspektive auf eine grundlegend andere Gesellschaft – den Sozialismus – offen hält

Unsere Partei ist die sozialistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Die Mehrheit unseres Landesverbandes versteht sich als Sozialisten. Wir haben aus der Vergangenheit gelernt, dass wir diesen Anspruch – den wir im Sinne von Karl Marx, Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci verstehen – sowohl inner- als auch außerparteilich nicht deklarieren, sondern die Menschen von ihm überzeugen müssen. Wir pochen allerdings darauf, dass die Partei als ganzes sich klar gegen alle Versuche zur Wehr setzt, Kommunistinnen und Kommunisten, Marxistinnen und Marxistinnen und alle anderen, die sich als Sozialistinnen und Sozialisten verstehen, aus dem Zentrum der Partei an ihre Ränder zu drängen.

Für uns ist der Sozialismus eine Gesellschaftsformation, durch immer stärkere Durchsetzung der Demokratie gegenüber dem Profit bis dahin gekennzeichnet ist, dass die Profitmacherei aus dem Zentrum der Gesellschaft, das sie im Kapitalismus bildet, verdrängt wird. Damit streiten wir für die Realisierung der drei Imperative des Grundgesetzes: die Sozialbindung des Eigentums, das Angriffskriegsverbotes und die rechtsstaatliche Gewaltenteilung.

Demokratischer Legitimation bedarf auch eine unabhängige Justiz: Die Unabhängigkeit der Richter darf deren soziale Distanz zum rechtssuchenden Bürger nicht erhöhen. In der Juristenausbildung müssen die Integration von Rechts- und Sozialwissenschaften, eine deutliche Praxisorientierung und eine Orientierung an den

Grundsätzen des Sozialstaates in den Vordergrund gerückt werden.

Voraussetzung für die Einstellung von Richtern kann und darf nicht allein und ausschließlich die bisherige Examensnote sein, vielmehr müssen Richter den Nachweis über eine mindestens fünfjährige anwaltliche Berufsausbildung erbringen. Langfristig müssen Richter von den dazu berufenen demokratisch legitimierten Organen in einem transparenten und kontrollierbaren Entscheidungsprozess gewählt werden.

Ziel des Sozialismus ist eine Gemeinschaft, in der die Entwicklung jedes einzelnen die Voraussetzung für die Entwicklung aller ist.

Das höchste Prinzip des Sozialismus lautet: der Mensch hat vor den Dingen, das Leben vor Besitz, und deshalb die Arbeit vor Kapital Vorrang; Macht beruht nicht auf Besitz, sondern auf schöpferischer Leistung; der Mensch darf nicht von Umständen, sondern die Umstände müssen vom Menschen beherrscht werden.

In den zwischenmenschlichen Beziehungen muss das Prinzip gelten, dass jeder Mensch Selbstzweck ist und niemals zum Mittel für die Zwecke eines anderen gemacht werden darf. Aus diesem Prinzip ergibt sich, dass niemand einem persönlich Untertan sein darf, weil dieser Kapital besitzt.

Wenn wir die sich aus den heutigen Abwehrkämpfen ergebenden Ziele durchsetzen:

- Rückzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland und schrittweise Abrüstung der Bundeswehr sowie den NATO-Austritt als ersten Schritt zur Auflösung der NATO und Verbote von Rüstungsexporten
- Revision des „EU-Reformvertrages“ von Lissabon
- Abschalten aller AKWs und Aufbau einer rein regenerativen „dezentralen“ Energieversorgung, vor allem ohne die Braunkohle!
- Verteidigung der errungenen Arbeitszeitverkürzungen (35-Stunden-Woche) mit der Perspektive weiterer Arbeitszeitverkürzungen sowie Durch-

Mitbestimmung

Chancengleichheit

setzung eines flächendeckenden Mindestlohnes von mindestens 10 € innerhalb der nächsten vier Jahre.

- Durchsetzung der diskriminierungsfreien Grundversicherung sowie einer armutsfesten gesetzlichen Rente, die eine Ablehnung der Rente ab 67 mit einschließt.
- Durchsetzung einer gebührenfreien Bildung (Erwachsenenbildung eingeschlossen) für alle, die dazu dient, Menschen dabei zu unterstützen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Eine Fixierung ausschließlich auf Erwerbsarbeit und ökonomische Verwertbarkeit lehnen wir ab. Radikale Reform des Bologna-Prozesses mit Streichung unnötiger KMK-Vorgaben sowie freier Zugang zum Masterstudium für alle Bachelor-Absolventen, flächendeckende Einführung von integrierten Gesamtschulen.
- Schaffung von Chancengleichheit im Bildungsbereich. Hierzu bedarf es zunächst der Ablösung des bisherigen mehrgliedrigen Schulsystems, das einerseits junge Menschen in Gewinner und Verlierer spaltet, sie außerdem auf die Bedürfnisse des profitorientierten Arbeitsmarktes zurichtet und obendrein diesen Verlierern die vermeintliche Gewissheit einimpft, das eigene Schicksal selbst verschuldet zu haben. Das bisherige Schulsystem ist Garant und unbedingte Voraussetzung dafür, die auf Konkurrenzverhalten basierende Teilung der Gesellschaft zu bewahren, ein solidarisches Verhalten Benachteiligter zu verhindern und so die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu zementieren. Eine auf Integration und Inklusion ausgerichtete, auf solidarischen und demokratischen Grundsätzen basierende Gemeinschaftsschule als Regelschule, wie sie die Linke fordert, würde statt der bisherigen Behinderung der Entfaltung individueller Fähigkeiten Nichtprivilegierter positive Ziele verfolgen und allen jungen Menschen einen angemessenen Platz in der Gesellschaft ermöglichen. Sie ist Grundvoraussetzung dafür, eine qualifizierte Teilnahme aller Menschen an der Lösung gesellschaftlicher Fragen zu ermöglichen und dadurch eine evolutionäre Demokratisierung der Gesellschaft zu ermöglichen.
- Aufhebung der Geschlechterdiskriminierung
- eine vernünftige und tolerante Drogenpolitik, die auf echte Hilfe und Prävention durch Dialog statt Strafverfolgung setzt
- Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, Verstaatlichung der Finanzdienstleistungsindustrie

entsprechend der Verfasstheit der Sparkassen, Kommunalisierung der Energieversorger und kommunalen Daseinsfürsorge sowie der Krankenhäuser, Vergesellschaftung der Netze (Verkehr und Energie und Verbot von PPP)

- steuerliche Umverteilung von oben nach unten, Belastung der Konzerne und Entlastung sowohl der einzelnen Bürgerinnen und Bürger sowie der kleinen und mittleren Unternehmen
- volle Demokratisierung aller Betriebe durch eine Mitbestimmung im Betrieb, die z.B. Betriebsabschlüssen gegen den Willen der Belegschaften unmöglich macht,
- Ausweitung des Ökolandbaus, Verbot der Gentechnik, Maßnahmen zur Stabilisierung der Milchpreise und Einschränkung der Massentierhaltung
- Sicherstellung, dass der einzelne Mensch vor sozialen Ängsten geschützt wird - Verantwortung der Gesellschaft dafür zu sorgen, dass ein Existenzminimum an Nahrungsmitteln, Unterkunft und Bekleidung für jeden kostenlos zur Verfügung steht (Ausbau des Solidaritätsprinzips), ganzheitliche Gesundheitsvorsorge für alle, unabhängig vom Einkommen.

dann wäre dies die Öffnung in eine gesellschaftliche Orientierung, die zu recht sozialistisch genannt werden würde.

Der eigentliche historische Sinn unserer Partei besteht darin, das von der SPD und den GRÜNEN verlassene Erbe der großen fortschrittlichen und humanistischen Bewegungen unseres Landes anzutreten, das sich eben nicht mit Tagespolitik begnügt, sondern festhält an einer grundlegenden Änderung unserer Verhältnisse bis hin zu einer Gesellschaft, in kein Menschen erniedrigt, geknechtet oder entwürdigt wird. Wir dürfen uns von diesem Ziel niemals verabschieden.

Deshalb muss in Zukunft verbindlich festgelegt werden, dass insbesondere bei Regierungsbeteiligungen, folgende Grundsätze eingehalten werden:

- Keine Beteiligung am Sozialabbau
- Kein Abbau tariflicher Beschäftigung
- Keine Beteiligung an der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge
- Keine Zustimmung zu den Kriegseinsätzen der Bundeswehr.

Das sind die wichtigsten Wünsche unserer Landespartei an die nun notwendige Programmdebatte.

Hameln, den 28.11.09

Zeit für das ganze Leben:

**Arbeit und
Reichtum
gerecht
verteilen!**

V.i.S.d.P.
DIE LINKE. Niedersachsen
Giesela Brandes-Steggewentz
Goseriede 8
30 159 Hannover
www.dielinke-nds.de

DIE LINKE.